



Israels Drohungen, den Krieg in Gaza massiv auszuweiten und gleichzeitig humanitäre Hilfe weiter zu großen Teilen zu blockieren, stoßen zunehmend auf Widerstand – und das nicht nur von internationalen Organisationen, sondern auch von engen Verbündeten. Nach 19 Monaten Krieg ist die Geduld vieler westlicher Staaten am Ende.

Großbritannien stoppte gestern die Gespräche mit Israel über ein erweitertes Freihandelsabkommen. Bereits am Vortag hatten Großbritannien, Frankreich und Kanada Israel aufgefordert, die "völlig unverhältnismäßige" Eskalation sofort zu beenden. Die hohe Zahl ziviler Todesopfer und die katastrophalen humanitären Zustände in Gaza seien nicht länger hinnehmbar – das ginge auch für Partnerstaaten an die Schmerzgrenze.

Die gemeinsame Warnung der drei Länder war deutlich: Sollte Israel seine neue Offensive nicht beenden und die Blockade humanitärer Hilfe nicht aufheben, würden "weitere konkrete Schritte" folgen.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wies die Kritik scharf zurück. Die Verbündeten hätten der Hamas "ein riesiges Geschenk" gemacht und würden damit künftige Angriffe wie den vom 7. Oktober fördern – also jenen Tag, an dem der aktuelle Krieg seinen Anfang nahm.

Gleichzeitig warnte ein ranghoher UN-Hilfskoordinator, Tom Fletcher, in einem BBC-Interview: Sollte keine Hilfe durchgelassen werden, könnten in den nächsten 48 Stunden bis zu 14.000 Babys in Gaza sterben. Die UN relativierte später seine Aussage – aber das Entsetzen bleibt.

Ukraine-Krieg: Hoffnung schwindet

Währenddessen wächst in der Ukraine die Sorge, dass der Krieg mit Russland noch lange weitergehen könnte. Nach einem zweistündigen Telefonat zwischen US-Präsident Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin schien Trump wieder Abstand von aktiven Friedensbemühungen zu nehmen.

Viele Ukrainerinnen und Ukrainer, wie etwa die Apothekerin Liliia Zambrovska aus Dnipro, haben wenig Hoffnung in diplomatische Lösungen ohne klaren Druck der USA auf Moskau. "Amerika und Russland spielen ein schmutziges und blutiges Spiel", sagte sie. Dennoch sei Aufgeben keine Option – die Zukunft gehöre allein dem ukrainischen Volk.

Putin zeigte sich im Gespräch unnachgiebig, was eine sofortige Waffenruhe betrifft. Doch auch für ihn könnte das ein Pyrrhussieg sein – sein Ziel, die Beziehungen zu den USA zu



normalisieren, rückt damit in weite Ferne. Trump machte deutlich, dass wirtschaftliche Annäherung erst nach einem Frieden möglich sei.

Die EU setzt derweil weitere Zeichen: Ihre Sanktionen gegen Russland wurden ausgeweitet diesmal auf die geheime Tankerflotte, mit der Moskau sein Öl an früheren Sanktionen vorbei verkauft.

<u>Trumps "Goldene Kuppel" – Ein Raketenabwehrtraum</u>

Donald Trump stellte ein spektakuläres Rüstungsprojekt vor: Die "Goldene Kuppel" – ein Raketenabwehrsvstem nach dem Vorbild von Israels Iron Dome. Bis zum Ende seiner Amtszeit soll es Realität sein. So zumindest der Plan.

Doch Experten schlagen Alarm. Denn logistisch und finanziell ist das Projekt ein echter Brocken – immerhin ist die USA über 400-mal größer als Israel.

Trump spricht von 175 Milliarden Dollar Kosten. Das Budgetbüro des Kongresses rechnet jedoch mit bis zu 542 Milliarden. Finanziert werden soll das System unter anderem durch Trumps innenpolitisches Sparpaket – das allerdings noch nicht verabschiedet wurde. Kanada bekundete Interesse an einer Beteiligung.

Weitere internationale Entwicklungen im Überblick



Scharfer Gegenwind für Israel: Druck von Verbündeten wächst - und andere World-News

- Südafrika: Präsident Ramaphosa plant beim Besuch im Weißen Haus Kritik an Trumps Entscheidung zu üben, Afrikaaner als Flüchtlinge aufzunehmen.
- Syrien: Die EU hebt die letzten Wirtschaftssanktionen auf als Signal für Stabilität.
- Spanien: Ein Netzwerkausfall legt stundenlang die Notrufnummern lahm.
- Afrika: Trumps Kürzungen bei Entwicklungshilfe gefährden zahlreiche Infrastrukturprojekte.
- Großbritannien: Ein zweiter Verdächtiger wird im Zusammenhang mit Bränden an Objekten von Premierminister Keir Starmer angeklagt.
- Handel: Die neuen Handelsabkommen Londons mit der EU und den USA sind eher mager ein Spiegelbild der Post-Brexit-Realität.
- Katar: Die Kunstmesse Art Basel will 2026 mit einer Veranstaltung in Doha vom Reichtum des Golfs profitieren.
- Kunst: Drei mutmaßlich geraubte Kunstwerke des Metropolitan Museum of Art kehren in den Irak zurück.

Von Andreas M. Brucker